

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 06.05.2010**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum
Christian Wolff Haus
Große Märkerstraße 10
Sitzungsraum
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Frau Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Carmen Wiebach	ARGE SGB II
Frau Katja Raab	FDP
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle
Herr Leonhard Dölle	Jugendwerkstatt Bauhof
Frau Sabine Franz	Kirchenkreis Halle-Saalkreis
Frau Beate Gellert	Kinder- und Jugendhaus
Frau Antje Klotsch	
Herr Uwe Kramer	Villa Jühling
Frau Renate Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt
Herr Max Privorozki	Jüdische Gemeinde
Frau Peggy Rarrasch	Humanistischer RV
Frau Hackel	Arbeitsagentur
Herr Uwe Steude	LVWA, Abt. Schule und Kultur
Frau Sylvana Götz	
Frau Katharina Brederlow	Verw
Herr Tobias Kogge	BG
Frau Susanne Wildner	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat	entschuldigt
Herr Torsten Bognitz	Caritasverband	entschuldigt
Herr Richter Bruno Glomski	Amtsgericht Halle	entschuldigt
Herr Philipp Pieloth	Kinder- und Jugendrat	
Frau Helga Schubert		entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	Verw	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 08. April 2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht der externen Koordinierungsstelle "Lokaler Aktionsplan "Hallianz für Vielfalt" hier: Aktueller Stand; Fragen der Nachhaltigkeit über das Jahr 2010 hinaus
Berichterstattung: Herr Petrick, Amt für Kinder, Jugend und Familie und Frau Karen Leonhard, Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis e.V.
- 6. Bericht zur Zahlung der Stadt Halle im Bereich der Kindertagesstätten und der Hilfen zur Erziehung
Berichterstattung: Frau Brederlow, Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie
- 7. Bericht zur Bedarfserhebung im Rahmen der Betriebserlaubniserteilung zum Brandschutz in Kindertagesstätten
- 8. Beschlussvorlagen
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 10. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 11. Mitteilungen
- 11.1. Informationen der Verwaltung zum Kinderschutzgesetz und dessen Umsetzung; aktuelle Entwicklungen
- 11.2. Informationen der Verwaltung zum Stand der Bereitstellung von Hort-Plätzen an Förderschulen
- 12. Arbeitsplanung
Förderung 2010
- 12.1.
- 13. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 14. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Sie sprach an, dass heute um 19 Uhr die Eröffnung des Chorfestivals ist, wo einige Mitglieder sicher hin wollen. Demzufolge sollte die Tagesordnung zeitlich bis dahin abgearbeitet sein.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest. Es gab keine Änderungen hierzu, so dass die TO bestätigt wurde.

Frau Hanna Haupt teilte an die Mitglieder einen Umfragebogen aus Koblenz zum Jugendhilfeausschuss aus und bat darum, dass ihr dieser zur nächsten Sitzung ausgefüllt wieder zurück gegeben wird. Sie gibt diese gesammelt zurück.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08. April 2010

Frau Hanna Haupt fragte zur Niederschrift an.

Herr Dölle bat um Ergänzung auf S. 12. Er hat nicht nur zum Fachkräfteprogramm sondern generell zur Förderung angefragt. Mit dieser Ergänzung wurde der Niederschrift zugestimmt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung am 08. April der Verein congrav new sports e.V. und der lebens(t)raum e.V. ihre unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe erhalten haben.

**zu 5 Bericht der externen Koordinierungsstelle "Lokaler Aktionsplan "Hallianz für Vielfalt"
hier: Aktueller Stand; Fragen der Nachhaltigkeit über das Jahr 2010 hinaus
Berichterstattung: Herr Petrick, Amt für Kinder, Jugend und Familie und Frau Karen Leonhard, Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis e.V.**

Frau Hanna Haupt erteilte Frau Leonhardt von der Freiwilligenagentur Halle-Saalekreis e.V. das Wort zum TOP.

Frau Leonhardt verteilte den heutigen Bericht als Präsentation an die Mitglieder. Sie sprach an, dass die Zielgruppe nicht ausschließlich Jugendliche nur tangiert sondern alle Bevölkerungsteile. Sie informierte über den Begleitausschuss und dessen Zusammensetzung und gab eine Übersicht zu den bewilligten fördersummen ab. Bisher wurden 57 Projekte umgesetzt.

Sie informierte über laufende Projekte. Sie sprach an, dass für 2010 noch 6.650 € übrig sind, dafür läuft jetzt eine Ausschreibung. Sie machte darauf aufmerksam, dass LAP nach 2012 als Bundesprogramm weiter besteht, aber es für Halle keine Förderung mehr gibt sondern andere Städte dann an der Reihe sind. Sie informierte, dass am 23.04.10 eine Klausur des Begleitausschusses stattgefunden hat, wo Empfehlungen an die Kommune/Stadtrat ausgesprochen wurde, welche sie heute vortrug. Sie teilte folgende Terminplanung mit:

5.5. – 25.5.10 Ausschreibung der Mikroprojekte
31.5. Sitzung Begleitausschuss
10.8. Präventionsrat und 25.10.10 Abschlusskonferenz.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen und forderte zu Nachfragen auf.

Herr Schachtschneider sprach an, dass der Schwerpunkt hier auf Rechtsextremismus liegt, Extremismus gibt es aber in verschiedenen Arten.

Frau Leonhardt antwortete, dass dieses Programm auf Rechtsextremismus ausgerichtet ist. Der Fokus ist auf Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit gerichtet.

Frau Wolff fragte nach, wie viel Projekte bei „Schule für Courage“ beteiligt sind.

Frau Leonhardt antwortete, dass sich hier zwei Schulen um diesen Titel beworben haben, die Kastanienschule und die Christian Wolff-Schule.

Anfrage wieso nicht alle Fraktionen im Begleitausschuss vertreten sind.

Frau Leonhardt antwortete, dass alle Fraktionen damals eingeladen worden sind, als dies los ging. Die im Begleitausschuss mitwirkenden Fraktionen haben sich dafür gemeldet.

Herr Kogge sprach an, dass ihm hier die Empfehlung hin zum § 11 fehlt. Ansprechpartner wäre doch hier die Jugendhilfe der Stadt. Dies wäre im Sinne von Jugendhilfe zu verankern, der Jugendhilfeausschuss ist auch für Förderungen zuständig. Er empfahl auch den Kinder- und Jugendrat mit einzubeziehen.

Frau Gellert sprach an, dass sie mit im Begleitausschuss ist. Sie verwies auf die ausgesprochenen Empfehlungen des Begleitausschusses an die Kommune und den Stadtrat.

Die Fraktionen, welche nicht im Begleitausschuss vertreten sind, sind dort gern gesehen.

Vom Bund wurde dieses Programm aufgelegt, nicht alle Projekte sind für Halle zutreffend, aber andere Kommunen können sich hierfür bewerben.

Frau Klotsch befürwortete den Hinweis von Herrn Kogge zum JHA und auf die Förderung. Die Frage ist, was ist an Substrat in den vielen Projekten für die Stadt vorhanden. Worum sollen wir uns kümmern. Es muss ein Ergebnis gezogen werden, dann kann gesehen werden, was wollen wir in den Auftrag der Jugendhilfe stellen. Es sollte weg von der Strukturdebatte hin zu einer Fachdebatte gehen.

Frau Leonhardt sprach an, dass die Frage ist, wie kann Demokratie durch mehr Beteiligung gestärkt werden. Aufklärung, Fortbildung muss in Gesellschaft erfolgen. Sie kann gern die Einladung für zwei Veranstaltungen hier weiter leiten. Sie verwies auf das Projekt Youthbank, dies gab es vor einiger Zeit als losgelöste Struktur. Jetzt ist dies im Kinder- und Jugendrat (KJR) . Es erfolgt eine Vernetzung mit Vereinen und Akteuren der Stadt, es gibt ein großes Engagement durch den KJR. Dieses Projekt ist keine explizite Arbeit mit Rechtsextremismus.

Herr Schachtschneider verwies darauf, dass hier im Vorfeld nicht nur agiert sondern auch reagiert werden soll. Der Thematik sollte man sich verstärkt widmen.

Frau Leonhardt sprach an, dass es mal eine Fachdiskussion zu Demokratie, Rechtsextremismus etc. geben könnte, wenn dies gewollt ist.

Frau Götz (Vertreterin des KJR) sprach an, dass das Geld, welches in die Youthbank investiert wurde, sehr hilfreich gewesen ist. Sie sind in allen Stadtteilen verteilt, es gibt ein großes Engagement des KJR. Ohne LAP würde die Youthbank so konstant nicht bestehen und arbeiten können. Viele Aktionen sind nur durch diese Fördermittel umsetzbar. Die Struktur LAP sollte erhalten und woanders angedockt werden.

Anfrage von Frau Raab, was die Projekte, welche durch LAP gefördert werden, von anderen Projekten unterscheidet.

Frau Leonhardt antwortete, dass die Projekte sich dadurch unterscheiden, dass die Projekte wie eine „Lernfläche“ anzusehen sind-. Es wurde nicht alles im LAP berücksichtigt, bspw. Ist das Feld Sport nicht ausreichend berücksichtigt. Die Vernetzung der projekte soll voran getrieben werden.

Herr Kogge sprach an, dass der Aktionsplan fruchtbaren Boden hat, die Jugendhilfe ist gut vorbereitet. Es erfolgt eine Stärkung bestehender Strukturen, außerhalb laufende Projekte müssen in diese Struktur eingebunden werden. Was geben wir den Kindern und Jugendlichen hier weiter. Es sollen keine „25 Dächer sondern ein gemeinsames Dach gesehen werden“. Die Frage ist auch, wie können Personen islamischen Glaubens in die westliche Welt integriert werden. Es muss immer in bestehende Struktur gegangen werden.

Anfrage Frau Wolff, wer dieses Programm fördert, da hier das Halle-Logo nicht entsprechend rüber kommt.

Frau Leonhardt antwortete, dass dies von der Stadt mit Mitteln des Bundes gefördert wird.

Es gab keine weiteren Fragen.

zu 6 Bericht zur Zahlung der Stadt Halle im Bereich der Kindertagesstätten und der Hilfen zur Erziehung Berichterstattung: Frau Brederlow, Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie

Frau Brederlow sprach an, dass der Bericht, welcher gehalten wird, aus dem beschlossenen Antrag von Frau Klotsch aus dem JHA April resultiert. Es geht um den Bericht zu HzE und KITA, welche quartalsweise erfolgen sollen. Sie wird zu HzE und Herr Zwakhoven zu KITA sich äußern. Das Zahlenmaterial basiert auf der Software Jucon. Es handelt sich um Durchschnittszahlen. 2010 hat der Anteil ambulanter Hilfen deutlich zugenommen, die stationären Hilfen sind zurück gegangen. Die Pflege ist gleich geblieben.

Frau Brederlow zeigte hierzu Grafiken und erläuterte diese.

Die Zahlen bei den HzE haben zugenommen. I. Quartal 2009 zu I. Quartal 2010 Zunahme von ca. 20%. Ambulante Hilfen ca. 100 Fälle mehr gegenüber I. Quartal 2009. Die Pflege ist relativ konstant geblieben. Erfreulich, es geht hier nach oben.

Der von Magdeburg veröffentlichte Bericht zeigt, dass im stationären Bereich der Unterschied zu uns fast Null ist. Magdeburg hat ca. 30 Pflegefälle mehr. § 35a SGB VIII muss im JHA mal intensiver behandelt werden. Hier gibt es eine konstante Anzahl von Fällen, z.T. bei den Volljährigen.

§ 35a ambulant ist auch gestiegen. Dazu gibt es ständige Diskussionen auch mit anderen Leistungsverantwortlichen, auch mit Schulen, Bsp. Zur Lese-Rechtschreibschwäche.

Beim § 27 (2) SGB VIII ist die Tendenz: doppelt so viel.

Zur HzE-Zahlung im I. Quartal ist zu sagen, dass hier die Fälligkeit vom Dezember 2009 im Januar 2010 erledigt wurde. Die Rechnungslegung ist so, dass diese bis zum 10. Des Monats gestellt werden sollen. Zahlungsziel ist Ende des Monats. Das ist mit den Trägern so festgelegt worden. Bis Ende März 2010 sind wir bei ca. 6 Mio €. Ca. 2,5 Mio € wurden aus 2009 in 2010 mit genommen. Aktuell liegen keine Hinweise auf offene Rechnungen vor. Wenn Rechnung am 10. D.M. nicht vorliegt, verschiebt sich die Fälligkeit. Eine Vollständigkeit der Rechnung muss gegeben sein.

Ab dem 2. Bericht zu dieser Thematik erfolgt eine detaillierte Darstellung auch zu Zahlungsverzögerungen.

Bei den auswärtigen Trägern ist Zahlungsziel 30 Tage entsprechend BGB. Hier gibt es keine Hinweise auf offene Rechnungen.

In der Stadt wurde 2010 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welcher auch das Jugendamt angehört. Hier werden nochmal Rechnungen angesehen. Dort wo Einzelvereinbarungen bestehen, wird es, wenn dies erforderlich ist, nochmals Veränderungen geben, dann erfolgen hierzu Gespräche.

Frau Hanna Haupt dankte für diesen Bericht und gab die Möglichkeit zu Anfragen gleich hierzu.

Frau Brock sprach an, dass das Fachkonzept des Jugendamtes teuer bezahlt worden ist, um die Fallzahlen im Bereich HzE zu reduzieren. Da klar ist, dass die finanziellen Mittel Ende 2009 fehlten, die Frage, ob hier Kinder nach Hause geschickt worden, da die Hilfe nicht mehr bezahlbar war.

Frau Brederlow antwortete, dass damals die Frage anstand, ob wir zu viel stationäre Hilfen haben. Das Fachkonzept wurde vor der Inkrafttretung des § 8a und des Kinder- und Jugendschutzgesetzes erstellt. Im ambulanten Bereich und beim § 27(2) SGB VIII wird es zu einer Erhöhung kommen, da das Jugendamt hier verstärkt in der Pflicht ist.

Bitte von Frau Wolff zur Auflistung der halleschen und auswärtigen Träger.
Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Bitte von Frau Wießner zur Auflistung der durchschnittlichen Verweildauer, Rückfallquote, Zielbefristung im Vorfeld, aufsuchende und koordinierende Familienarbeit.
Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Frau Brederlow sprach an, dass verschiedene Steuerungsvarianten im ASD diskutiert worden sind und im Fachkreis fortgeschrieben werden. Es soll zielgenau auf die Problematik, die bei den Familien besteht, geschaut werden. Vor ca. 6,7 Jahren wurden für die Verweildauer Fachstandards entwickelt. In „normaler Hilfe“ ist von einer Durchschnittsverweildauer bis max. 2 Jahre auszugehen,

Differenzierungen gibt es. Familientherapie ist auch ein Mittel, welches genutzt wird. Eine Darstellung hierzu kann erfolgen.

Frau Gellert sprach an, dass wenn jetzt bereits 2,5 Mio € von 2009 in 2010 gingen, klar ist, dass Ende des Jahres die Mittel wieder nicht reichen werden. Ein großes Fallaufkommen muss nach sich ziehen, dass es einen erhöhten Personalbedarf gibt. Der ASD ist bereits jetzt überlastet und es handelt sich um Fälle, die auch schwerwiegend sind. Die Frage ist, ist hier durch Träger Unterstützung zu geben, um Fälle schneller „abarbeiten“ zu können. Dass die Fallzahlenerhöhung allein durch die Gesetzesänderungen zum § 8a SGB VIII resultieren, ist schwer vorstellbar. Hier sind Elternhaus und Gesellschaft schuld. Kompetenzen, Prävention fehlt. Welche Forderung muss Jugendhilfe auf tun, um Hilfe zu finden.

Herr Kogge sprach an, dass wir im Jugendhilfeausschuss sind. Er verwies auf die Zweigliedrigkeit des Jugendamtes und dass Träger hier nicht als Träger sondern als Mitglied des JHA sitzen. Es wird eine Entwicklung zum Personalaufwuchs im Jugendamt gemacht und dies wird im Herbst auch im JHA vorgestellt werden. Jede Rechnung kommt nach Abschluss der Hilfe, 1 Monat später erfolgt die Zahlung hierzu. Die Rechnungen müssen vollständig sein, im Bedarfsfall wird hierzu nachgefragt. Er verwies auf die bei uns bestehenden Rahmenbedingungen. Wir sind die Stadt mit dem höchsten Anteil an transfereinkommen. Die Kosten pro Fall haben auch andere Faktoren, diese sind nicht identisch mit den Fallzahlen. Oftmals verordnen Familienrichter eine geschlossene Unterbringung von Jugendlichen. Wenn Schule versagt wird oft nach der Jugendhilfe gerufen. Bei den Verhandlungen zu den Kostensätzen wird dies eine Rolle spielen.

Anfragen Frau Wolff zu

1. Wie viel Fälle fallen wieder in HzE zurück
2. Wie viel Fälle von Inobhutnahmen, die vom Saalekreis zur Stadt kamen. Finanziert das der Saalekreis?

Herr Kogge antwortete zu 2., dass Halle zuständig ist, wenn der Umzug vom Saalekreis hierher erfolgte. 1. Wird noch beantwortet werden.

Frau Klotsch sprach an, dass die absoluten Zahlen doch progressiv sind. Wenn ein Fall im HzE-bereich eintritt, ist alles vorher schon gelaufen. Es geht doch darum, was steckt hinter den Zahlen, persönliche Schicksale von Kindern. Was ist Aufgabe des JHA, wie sehen wir diese Zahlen. Welchen Beitrag leisten wir, um die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in das öffentliche Leben zu stellen. Ein Jugendhilfeträger allein kann an der Situation nichts ändern. Wir müssen von Strukturdebatten wegkommen und uns inhaltlichen Debatten öffnen. Was können wir als Stadt präventiv tun. Sie appelliert an den JHA sich mehr mit den inhaltlichen Dingen zu beschäftigen, hier geht es um Schicksale.

Herr Trömel sprach an, dass er eine Erklärung zur Nachzahlung haben möchte.

Frau Brederlow antwortete, dass eine defizitäre Darstellung nicht möglich ist. Es hat sich teilweise um Rechnungen gehandelt, welche zu spät eingegangen sind, es gab aber auch Rechnungen, die zu spät bearbeitet worden sind. Sie sprach an, dass sie den Mitgliedern heute einen Auszug aus dem Statistischen Quartalsbericht der Stadt zur Verfügung gestellt hat. Die Beratungszahlen haben zugenommen. Die Anforderungen an den ASD sind erheblich gestiegen, es wird versucht, hier gegen zu steuern, was nicht einfach ist. § 8a hat Wirkung gezeigt. Die Ausbildung als Kinderschutzbeauftragte in KITA's hat gezeigt, dass hier Gefährdungssituationen gegeben sind. Im fortschreibenden Bericht dazu wird dies auch dargestellt werden. Ebenfalls die Entwicklung in den Sozialräumen. Warum steigen die Fälle im Süden und der südlichen Innenstadt, wohingegen in Neustadt eine abnehmende Tendenz zu verzeichnen ist. Welche Ziele verfolgen wir hier in der Jugendhilfe, dass muss vordergründig hier passieren. Schwerpunkte und Ziele müssen gelegt werden. Präventive Entwicklungen müssen positiv erfolgen. Welche Wirkung wird erwartet. Woran soll eine Zielerreichung gemessen werden.

Frau Brock sprach an, dass Eckpunkte ausgemacht werden müssen. Ziele des JHA müssen formuliert werden und nicht nur die des Jugendamtes.

Frau Brederlow sprach an, dass bereits über Ziele der Jugendhilfe diskutiert wurde. Auch im Unterausschuss Jugendhilfeplanung findet hierzu Diskussion statt, dies kann auch als Auftrag an diesen gegeben werden. Sie ist dafür, dass hier gemeinsam etwas entwickelt wird.

Frau Gellert fragte an, ob die Beratungsgespräche auch in die Prävention gehen. Jugendhilfeplanung ist wichtig. Ziele wurden formuliert. Jugendhilfeplanung gibt es noch nicht.

Frau Brederlow widersprach dieser Aussage. Natürlich haben wir eine Jugendhilfeplanung, Beispiel: jährliche Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA, Prioritäten von Diensten und Einrichtungen, Planung in den Sozialraumgruppen. Der JHA muss sich öfters damit befassen.

Es gab zu HzE keine weiteren Anfragen.

Herr Zwakhoven sprach an, dass monatlich über 1.200 Rechnungen im HzE-Bereich berechnet werden.

Herr Zwakhoven hielt den Bericht zum Bereich KITA anhand eines SAP-Ausdruckes.

Die Zuschüsse werden gemäß § 11 KiFöG und die Fälligkeit entsprechend der Festlegungen in der Kita-Richtlinie gezahlt. Wie bekannt ist, reichten 2009 die finanziellen Mittel in dem Bereich nicht aus, auch nicht die überplanmäßige Summe von 1,3 Mio € nicht. Davon waren 17 Träger betroffen. Bei den Nachbereitungsstunden waren 32 Träger betroffen. Erstattung Kita-Ermäßigung betraf 29 Träger. Diese Zahlungen von 2009 wurden in 2010 geleistet.

Anfrage von Frau Gellert wie das dann 2010 geregelt ist, da ja von vornherein Mittel schon wegfallen durch die Zahlungen von 2009.

Herr Kogge sprach an, dass das Geld 2009 nicht gereicht hat, weil Rechnungen aus 2008 in 2009 bezahlt worden sind. Die Situation im BEP 2010 ist wohlwissend, dass Kinder cofinanziert werden. Im III. Quartal muss dann gesehen werden, wie die Zahlungen sich aus 2009 in 2010 ausgewirkt haben.

Herr Zwakhoven ergänzte, dass es ein unterschiedliches Abrufverhalten bei den Trägern gibt. Viele Träger haben im Dezember 2009 Geld nicht abgerufen. In der Finanzierungsrichtlinie wurde festgelegt, dass die Träger im Oktober mitzuteilen haben, welche Mittel sie noch bis zum Jahresende benötigen. Das ist nicht erfolgt.

Herr Trömel fragte an, wie hoch die Rückforderungen sind.

Frau Brederlow antwortete, dass dies für 2009 noch nicht gesagt werden kann, erst müssen die Verwendungsnachweise geprüft sein.

Herr Kogge sprach an, dass Rückforderungen werden diese im Haushalt verrechnet. Es gibt einen Beschluss zur Verrechnung, manche Beschlüsse aus der Vergangenheit haben nicht immer eine positive Wirkung.

Frau Ute Haupt bat um die Präsentation als Anhang zur Niederschrift.

Frau Brederlow sagte dies zu, da dies anonymisiert ist.

Frau Gellert fragte an, wie weit die Prüfung zu den Verwendungsnachweisen ist.

Herr Zwakhoven antwortete, dass zur Prüfung der Verwendungsnachweise KITA eine cursorische Prüfung eingeführt wurde. Offensichtliche Fehler und Rückzahlungen werden geprüft, es gibt einen groben Check des Ganzen. Hier soll geschaut werden, was gleich auffällig ist, bevor eine Tiefenprüfung erfolgt.

Herr Kogge sprach an, dass hilfreich wäre, wenn Träger selbst mitteilen würden, wo Rückzahlung erfolgt, dies würde der Verwaltung viel Arbeit ersparen. Fehler können passieren, evtl. haben Träger schon selbst festgestellt, wo Mittel zurück gegeben werden müssen.

Frau Gellert sprach an, dass die letzte Prüfung 2004 erfolgte, danach stagnierte das. Jetzt haben wir 2010, hier gibt es auch Verjährungen.

Herr Kogge sprach an, dass das Problem erkannt wurde, die Stadt möchte das abschließen.

Frau Klotsch sprach an, dass vor einiger Zeit mitgeteilt worden ist, dass eine externe Beauftragung erfolgte, da die Stadt nicht über ausreichendes Personal hierfür verfügt.

Wie ist hier der Stand. Was ist die interne Zielsetzung hierfür. Für die Prüfung gibt es Fristen. Wenn Prüfung und Nachforderung 2004/2005 jetzt erst erfolgt, kann es zu Rechtsstreit kommen, da verjährt.

Frau Brederlow antwortete, dass die Prüfung Trägerweise und nicht Jahresweise erfolgt. Zwei Ziele werden hiermit verfolgt. Es soll ein Teil der Verwendungsnachweisprüfung vom Tisch sein und unsere Prüfer sollen qualifiziert werden, hier Hinweise für das besondere Augenmerk zu erhalten und damit auch zu mehr Tempo zu gelangen.

Frau Klotsch fragte nach, bis wann eine zeitnahe Abarbeitung erfolgt sein soll.

Herr Kogge antwortete, dass die Schwierigkeit hierbei ist, dass Träger in Widerspruch gehen können, dadurch zieht sich das Verfahren dann hin. Es soll auch eine Qualifizierung der eigenen Mitarbeiter erfolgen, der externe Prüfer soll diese qualifizieren, zu schauen, wo gleich Fehlerquellen sein könnten. Unsere Mitarbeiter sollen zeitnah und klassisch mit dem Blick eines Wirtschaftsprüfers hinschauen.

Frau Brock regte angesichts der fortschreitenden Zeit an, die Tagesordnung weiter zu verfolgen, damit 18.45 Uhr die Sitzung beendet sein kann, da das Chorfestival 19 Uhr eröffnet wird.

Frau Hanna Haupt griff die Anregung auf und beendete diesen TOP.

zu 7 Bericht zur Bedarfserhebung im Rahmen der Betriebserlaubniserteilung zum Brandschutz in Kindertagesstätten

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute durch die Verwaltung eine Übersicht zu den durchgeführten Brandschauen in KITA's mit Stand 01.04.2010 vorgelegt wurde.

Frau Schöps gab dazu Ausführungen ab. Sie verwies darauf, dass es Unterschiede beim baulichen Zustand der Objekte gibt und hier Zustände saniert/unsaniert/teilsaniert vorliegen.

Anfang dieses Jahres wurden die Träger gebeten, eigene Einschätzungen abzugeben, diese wurden zusammen gefasst. Es gibt 79 Einrichtungen, welche saniert wurden oder werden, 66 teilsanierte Objekt und davon 17 Objekte, wo noch nichts passiert ist. In den vergangenen Jahren wurde mit den unterschiedlichsten Programmen und Finanzierungen viel in der Stadt erreicht. Die Problematik besteht dennoch, dass es Einrichtungen gibt, wo es Probleme mit dem Brandschutz gibt. In der Übersicht wurden insgesamt 26 Einrichtungen mit den Mängeln erfasst.

Es geht um Investitionen wie bsw. Brandschutztüren. Es sind 11 Einrichtungen dabei, bei denen es um den 2. Rettungsweg geht. Hier können auch keine Kompromisse mehr gefunden werden.

Wo liegen konkret Anträge auf Förderung vor.

Frau Brock sprach an, dass dies doch Verwaltungshandeln ist.

Herr Kramer fragte an, ob es noch Einrichtungen gibt, wo die Mängel noch nicht erfasst worden sind.

Frau Schöps antwortete, dass es sich hierbei um eine Übersicht der vorliegenden Mängel handelt. Die Begehungen zum Brandschutz fanden statt.

Frau Gellert verwies auf die erheblichen Kosten zur Beseitigung der Mängel, welche abgearbeitet werden müssen. Dies ist Verwaltungshandeln. Als Bsp. benannte sie ein Objekt in ihrer Trägerschaft.

Frau Gellert wurde **durch die Verwaltung** darauf hingewiesen, dass hier nicht „in eigener Sache“ gesprochen werden sollte.

Frau Brederlow machte deutlich, dass es sich beim Verwaltungshandeln um die Betriebserlaubniserteilung – wie auf der TO auch ausgewiesen – handelt. Die Verwaltung ist nicht in

jedem Fall für Bauleistungen verantwortlich. Es gibt unterschiedliche Verträge zwischen Stadt und freien Trägern, die KITA's betreiben. Wenn es Objekte sind, für welche ZGM zuständig ist, müssen die Mängel über ZGM abgestellt werden. Ansonsten trägt der jeweilige Träger die Verantwortung für die Mängelbeseitigung.

Frau Klotsch fragte an, wo wir hin wollen. KITA's sollen sachgerecht im Brand- und Gesundheitsschutz betrieben werden. Dann muss dies mit den Trägern thematisiert werden. Die Risiken des Betriebes liegen beim Träger. Erbbaupachtverträge werden unterschiedlich betrachtet. Es muss geklärt werden. Eine Kita, die nicht sicher ist, dürfte nicht betrieben werden.

Herr Berger sprach an, dass es um Brandschutz geht und der geht alle an. Mängel müssen zeitnah abgestellt werden, wenn verantwortungsvolles Handeln gegeben ist. Er appelliert an die Träger, sich diese Übersicht genau anzusehen. Diese können Einfluss auf dargestellte Mängel wie „Brandschutzbelehrungen, Kennzeichnung von Fluchtwegen“ nehmen, dies dürfte hier gar nicht aufgeführt sein. Dies ist mit geringen Mitteln zu beseitigen.

Herr Trömel sprach an, dass einige Dinge mit minimalen Kosten zu beseitigen sind. Bauliche Mängel können nicht allein auf den Schultern der Träger liegen. Das Jugendamt ist seit diesem Jahr die erlaubniserteilende Behörde zum Betrieb einer KITA. Dies kann nicht nur in der Verantwortung des Trägers liegen. Zwischenfinanzierungen müssten reguliert werden, eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Die Träger schaffen das nicht allein.

Frau Brederlow verwies auf die Regelung im KJHG, dass Träger bei der Übernahme von Einrichtungen auch die Leistungen erbringen, dazu gehört auch die wirtschaftliche Gewährleistung. Es kann nicht nur nach öffentlichen Mitteln gerufen werden. Freie Träger haben auch die Möglichkeit, Anträge bei Stiftungen zu stellen.

Herr Schachtschneider machte deutlich, dass hier aufgeführte Mängel von Brandschutzschaufen 2008/2009 sind. Es handelt sich hierbei teilweise um Mängel, die jetzt 2010 nicht mehr bestehen dürften, wie Kennzeichnung der Fluchtwege. Er geht jetzt davon aus, dass diese Mängel zwischenzeitlich abgeschafft wurden und unaktuell sind.

Weitere Diskussionen erfolgten nicht.

zu 8 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es liegen keine Anträge vor.

zu 10 schriftliche Anfragen von Stadträten

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Verwaltung heute die schriftliche Beantwortung auf Anfragen aus dem letzten JHA vorgelegt hat. Schriftliche Anfragen von Stadträten liegen nicht vor.

zu 11 Mitteilungen

zu 11.1 Informationen der Verwaltung zum Kinderschutzgesetz und dessen Umsetzung; aktuelle Entwicklungen

Frau Brederlow teilte mit, dass mittlerweile das Treffen mit den Ämtern stattgefunden hat. In der nächsten Sitzung wird eine Informationsvorlage hierzu vorgelegt. Am 14.06.10 findet mit dem Land die Auftaktveranstaltung zum Kinder- und Jugendschutz statt. Einladungen gibt es noch nicht, sobald diese vorliegen, werden diese weiter geleitet.

zu 11.2 Informationen der Verwaltung zum Stand der Bereitstellung von Hort-Plätzen an Förderschulen

Frau Brederlow teilte mit, dass es im JHA einen Antrag der CDU-Fraktion zur Bereitstellung von Hortplätzen für Schüler an Förderschulen gab. Das Jugendamt ist hierzu im Gespräch. Die Salzmannschule hat Bedarf signalisiert, dazu findet im nächsten Monat ein Gespräch statt. Es geht weniger um Probleme mit der Betreuung sondern Maßgaben im KiFöG, was die Gruppengröße vorgibt. Bsp. 25 verhaltensauffällige Kinder als Gruppe ist nicht machbar, da dieser Bedarf in dieser Größenordnung nicht gegeben ist. Im Mai wird es hierzu ein Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt geben, hier muss das Land Verantwortung übernehmen.

Weitere Mitteilungen:

Herr Kogge teilte mit, dass das Aufnahmeverfahren **an den Gymnasien** der Stadt läuft. Alle Gymnasien erreichen die Sollzahl, es ist keine Sondergenehmigung erforderlich. Das Christian Wolff-Gymnasium hat sich gut entwickelt. Problem ist, dass am TMG mehr Anmeldungen als Plätze sind, demzufolge muss ein Losverfahren durchgeführt werden. Die einstweilige Anordnung haben wir gewonnen, evtl. wird noch die Geschwisterregelung vom Verwaltungsgericht gekippt.

Frau Hanna Haupt wies darauf hin, dass heute auch schriftlich die Beantwortung zur Anfrage Tontechnik zu den Sitzungen im JHA beantwortet worden ist und Jedem vorliegt.

zu 12 Arbeitsplanung

Frau Brederlow teilte mit, dass für den JHA am 03. Juni geplant ist, die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen für 2010 zu behandeln. Die Förderanträge gesamt werden im nicht öffentlichem Teil eine Rolle spielen. Ausserdem soll es zur Übertragung der Aufgaben des GIMMI an SPI eine Vorlage geben und die Infovorlage zur Umsetzung des Kinder- und Jugendschutzes.

Frau Wolff bat darum, künftig den Arbeitsspeicher ohne Schattierung zu erhalten, da dies schlecht lesbar ist.

Arbeitsplanung im Anhang!

zu 12.1 Förderung 2010

Dies spielt zur nächsten Sitzung eine Rolle.

zu 13 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Herr Trömel fragte an, ob es den Tatsachen entspricht, dass das Land die Förderung von Familienfreizeiten eingestellt hat.

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Frau Ute Haupt fragte zum „GIMMI“ an. Frau Szabados Aussage war, dass der GIMMI bleibt am Standort Pusteblume. Wie ist hier der Stand.

Frau Wolff sprach an, das der „GIMMI“ im Haushalt mit voller Summe steht. Warum soll dies an SPI gegeben werden.

Herr Schachtschneider fragte an, wie sich das verhält, dass ein Teil des GIMMI in Pusteblume ist und ein Teil dort am alten Standort.

Frau Brederlow antwortete, dass der „GIMMI“ im nächsten JHA eine Rolle spielen wird. Die Aussage der Oberbürgermeisterin laut Protokoll aus Stadtteilkonferenz ist richtig. Dies wird im nächsten JHA Thema sein. Das Angebot der Einrichtung wird bleiben. Der GIMMI ist am Standort Pusteblume. Der alte Standort hat nichts mehr mit uns zu tun.

Herr Kogge sprach an, das SPI super Projekte und Angebote macht. Wir ziehen uns mehr und mehr zurück.

Frau Ute Haupt fragte an:

1. DJI gibt es als kommunales Übergangspaneel. Sie hätte hierzu gern nähere Informationen, was ist zukünftig geplant.
2. Der Olefinverbund hat die Bitte, die Zusammenarbeit Schule und Unternehmen zu forcieren. Sie bittet um Kontaktvermittlung hierzu.
3. Ihre Fraktion möchte, dass der Antrag zum kostenlosen Mittagessen in KITA im nächsten JHA behandelt wird.

Die Verwaltung sagte zu 1. Und 2. Eine Beantwortung zu.

Zu 3. teilte Herr Kogge mit, dass dieser Antrag zuerst im Bildungsausschuss eingebracht werden muss, da dies der zuständige Fachausschuss ist und dann erst in den JHA und fortfolgende Gremien.

Frau Brock sprach an, dass dank ihres Antrages im Stadtrat die im JHA bereits beschlossenen 1,6 Mio € Mehreinnahmen für KITA im Haushalt aufgenommen worden sind. Auf welchem Weg werden diese Mehreinnahmen ausgeglichen. Wie erreicht das Geld die Träger.

Herr Kogge antwortete, dass es hier um die Deckung des Gesamthaushaltes geht. Der Haushalt wurde beschlossen, diese Haushaltsstelle ist um 1,6 Mio € höher. Auszahlungen erfolgen gemäß der KITA-Richtlinie.

Frau Brock wird dies schriftlich als Anfrage einreichen.

Frau Wolff fragte an, ob man das vom Deutschen Städtetag erarbeitete Positionspapier zum Übergangmanagement KITA thematisieren kann. Das würde sie interessant für den JHA halten.

Die Verwaltung nimmt dies auf.

Frau Wolff fragte an, wie viel Kinder mit Migrationshintergrund in KITA's betreut werden.

Frau Brederlow antwortete, dass dies statistisch nicht in der Kommune erfasst wird. Die Verwaltung prüft das.

Frau Gellert fragte zu den Betriebskosten KITA an. Hier wird kein Unterschied gemacht, ob es sich um kleine oder große Objekte handelt, dabei sind die Wirtschaftsausgaben in den Doppeleinrichtungen viel höher als in den kleinen Objekten. Sie möchte hierzu eine Positionierung der Verwaltung.

Die Verwaltung sagte eine Beantwortung zu.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass zunehmend Am Händel auf dem Markt wieder Jugendliche sich treffen, welche auch alkoholisiert sind. Die Händelfestspiele stehen bevor, hier sollte in den Abendstunden mal ein Streetworker dies aufgreifen.

Die Verwaltung sagte dies zu.

Frau Ute Haupt bat um Aufnahme der Thematik „Cochemer Modell“ in den Themenspeicher für den JHA. Hier geht es u.a. auch um die Zusammenarbeit Familiengericht und Jugendamt.

Frau Gellert regte an, dass die Stadt sich für den Sozialen Preis 2010 bewerben sollte. Die Bewerbungsfrist endet am 30.06.10.

Frau Ute Haupt bat darum, dass sie die vor einiger Zeit erbetene Informationen zu der Studie der Bertelsmannstiftung zum KITA-Personal noch erhält, sie konnte hierzu auch nichts Näheres in Erfahrung bringen.

Die Verwaltung sagte dies zu.

zu 14 Anregungen

Hier gab es keine Anregungen.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin